

Konjunktur-, Stabilitäts- und Wachstumspolitik

Ein kurzer Überblick

von
Egbert Scheunemann¹

Stand: 18. Januar 2004

Inhalt

1. Überbewertung der Investitionen und Unterbewertung des Massenkonsums in der Konjunkturtheorie (S. 1)
2. Funktionale Einkommensverteilung, Finanzpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik (S. 3)
3. Geldpolitik, Zinspolitik, Devisenpolitik, Außenwirtschaftspolitik (S. 6)
4. Tobinsteuer (S. 7)
5. Allgemeine Wirtschafts- und Wachstumspolitik sowie spezielle Bildungs- und Wissenschaftspolitik (S. 8)

Knappe Literaturlauswahl (S.9)

1. Überbewertung der Investitionen und Unterbewertung des Massenkonsums in der Konjunkturtheorie

Es gibt kaum eine wirtschaftswissenschaftliche Konjunkturtheorie, die *Investitionen* (I) bzw. ihre zyklische Entwicklung und also ihr Schwanken nicht in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen würde. Werden dann noch faktische langfristige *Konsumausgaben* (C), etwa für *privaten Wohnungsbau*², als *produktive Investitionen* gerechnet, entsteht ein völlig verzerrtes Bild der Lage. In der BRD betrug das BIP (Y) im Jahre 2002 beispielsweise 2110 Mrd. €. ³ Die Bruttoanlageinvestitionen beliefen sich dabei auf 392 Mrd. €. Zieht man von dieser Größe die rein *konsumtiven* „Investitionen“

¹ Es handelt sich hier um ein Skript, das ich dem Seminar „Konjunkturtheorie und –politik“, absolviert an der *Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik* (HWP) im WS 2003/04, als Diskussionsgrundlage des Themenkomplexes *Konjunkturpolitik* vorgelegt habe. Es sei hiermit der allgemeinen Diskussion zugänglich gemacht.

² Vgl. etwa *Kromphardt* 1993, S. 21 f., *Westphal* 1994, S. 179 ff., oder die offiziellen Angaben des *Statistischen Bundesamtes*: <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab6.htm>

³ Zu allen volkswirtschaftlichen statistischen Angaben vgl. die homepage des Statistischen Bundesamtes: <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab1.htm>

für den *privaten Wohnungsbau* ab (125 Mrd. €), kommt man auf eine Größe aller wirklich *produktiven* Investitionen von nur noch ca. 12,6 Prozent des BIP (267 von 2110 Mrd. €) – ganz im Gegensatz zu Größen bis zu 29 Prozent des BIP, wie in den Standardlehrbüchern nachzulesen.⁴

Beachtet man zudem, dass die konjunkturellen *Schwankungen* der Investitionen nur etwa ein Viertel ihrer Durchschnittsgröße (gerechnet über einen mittelfristigen Trend) ausmachen, und rechnet man dieses Viertel auf die genannten 12,6 Prozent am BSP (I/Y) herunter, landet man nur noch bei einer *Schwankungsgröße* von etwa 3 Prozent des BIP (Y).

Stellt man desweiteren in Rechnung, dass der Investitionsakzelerator, wie es in der Literatur üblicherweise geschieht, als Verhältnis *nachfrageinduzierter* Investitionen zu *Ersatzinvestitionen* definiert wird⁵, werden die Investitionen – in des Wortes Sinne – geradezu dramatisch *überbewertet*: Je nach Abschreibungsdauer des Investitionsbestandes und also der Ersatzrate können so aus einer zehnpromzentigen Nachfragesteigerung mal eben 100 – oder gar 1000 Prozent „induzierte“ Investitionen resultieren! Der Bezug des *Nachfragewachstums* auf den bisherigen *Nachfragebestand* (des BSP bzw. von Y) lässt einen sinnvollen Bezug der *nachfrageinduzierten Investitionen* natürlich nur auf den *Investitionsbestand* zu, also auf den *Kapitalbestand* – und nicht auf die *abgeschriebenen* und also zu *ersetzenden* Investitionen (also einem kleinen Teil des Bestandes). Alles andere ist ohne jeden heuristischen Wert. Dann „induziert“ eine *zehnpromzentige* Nachfragesteigerung unter sonst gleichbleibenden Bedingungen (also z.B. der Kapitalproduktivität X/K) aber tendenziell nur eine *zehnpromzentige* Investitionssteigerung (gemessen an K!). Was selbstverständlich *zusätzlich* induziert wird, ist der klassische *Multiplikatorprozess*. Aber der ist eben definitiv ein Produkt zusätzlicher *konsumtiver Nachfrage*. Nur er INDUZIERT anteilig Investitionen – nicht ein ominöser „Akzelerator“, dessen Größe, wie gesagt, relativ willkürlich mit Abschreibungsfristen variiert.

Schließlich ist zu beachten, dass eine wirtschafts- und speziell konjunkturtheoretische Orientierung am berühmten Satz von Say, nach dem *jedes (!) Angebot seine (!) Nachfrage schafft*⁶, endgültig dazu beiträgt, wirtschaftstheoretisches und –politisches Denken nur noch um die Investitionen kreisen zu lassen: Wenn *jedes* Angebot *seine* Nachfrage schafft, dann schafft auch *jede* Investition *ihre* Nachfrage – theoretisch also auch dann, wenn I/Y in Richtung 100 Prozent steigt! Says Theorem und die gesamte

⁴ Vgl. etwa Jürgen Kromphardt 1993, S. 14.

⁵ Ebd. S. 75. Vgl. auch Westphal 1994, S. 173 ff.

⁶ Vgl. etwa Kromphardt 1993, S. 71, Westphal 1994, S. 127, oder Samuelson/Nordhaus 1998, S. 693.

darauf aufbauende Klassik wie Neoklassik funktioniert nur dann, wenn alle *Bedingungen* gelten, unter denen die Theorie nur funktionieren *kann*: 1. vollkommene Konkurrenz, 2. vollkommene Information, 3. vollkommene Flexibilität. Es kann jedoch gezeigt werden, dass ein Zustand, in dem *alle* drei Geltungsbedingungen gelten, NIE existieren KANN. Says Theorem gilt also streng genommen NIE (ganz). Dieses Theorem ist SO gesehen also reiner Modellplatonismus.

Es ist also definitiv *nicht* so, dass JEDE Investition IHRE Nachfrage schafft. Kein Unternehmer investiert ohne entsprechende Absatzaussichten – und die sind, siehe oben, fast zu 90 Prozent *konsumtiv* orientiert! Man könnte also *realistisch* vollkommen konträr formulieren: Jede Nachfrage schafft sich ihr Angebot! Nur dazu braucht es in einer Ware-Geld-Tausch-wirtschaft entsprechender Nachfragemittel – und daran kann es grundsätzlich mangeln, es kann grundsätzlich zuviel davon geben, oder es können grundsätzlich ausreichende Mittel vorhanden sein, aber in den *funktional* falschen Händen.

2. Funktionale Einkommensverteilung, Finanzpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik

Der Einkommensverteilungsprozess ist real weit davon entfernt, nur ein Produkt des primären Produktionsprozesses zu sein (jede – „jede“, na ja... – Produktion schafft auch irgendwo und irgendwie Einkommen) – wie die Neoklassik suggeriert bzw. *fordert*. Zwar schafft Produktion *in der Regel* irgendwo und irgendwie (als Zahlungen an Lieferanten oder Produktionsarbeiter) auch Einkommen und damit Nachfrage. Es ist aber keinesfalls gesichert, dass dies immer in einer *volkswirtschaftlich* „richtigen“ Weise geschieht. Aufgrund sämtlicher nicht gewollten und gewollten Marktunvollkommenheiten und –beschränkungen (Rigidität der Preise aller Produktionsfaktoren, oligopolistische und monopolistische Marktbeherrschung, Preissetzungsmacht der Kapitaleseite, Hinterherhinken der Lohn-tarife, Verteilungskampf der Gewerkschaften, Sozialpolitik, Steuerpolitik etc.) kann die *faktische* Einkommensverteilung von der *funktional richtigen*, also ein *makroökonomisches Gleichgewicht ermöglichenden Einkommensverteilung* weit abweichen.⁷ Der Anteil der Gewinne am Sozialprodukt (G/Y und damit, cum grano salis, der Ersparnisse S/Y bzw. der *möglichen* Investitionen I/Y) kann (bei gegebenem Wachstum der Kapitalproduktivität, also $\Delta X > \Delta K$) aufgrund sekundärer Verteilungsprozesse (Ver-

⁷ Vgl. zur wohl fundiertesten *Theorie funktionaler Einkommensverteilung*, jener von Ota Šik, Scheunemann 1996.

teilungskampf Arbeit/Kapital, staatliche Umverteilung etc.) *funktional* richtig, zu hoch oder auch zu niedrig sein, den gleichgewichtigen Investitionserfordernissen also entsprechen – oder eben nicht.

Grundsätzlich gilt, dass in einer Ökonomie, die immer *produktiver* wirtschaftet (und das ist letztlich dem technischen Fortschritt geschuldet), tendenziell ANTEILIG *immer mehr für privaten und gesellschaftlichen Konsum ausgegeben werden KANN*. Falls ökonomisches Wachstum *zusätzlich gewünscht* ist (und davon ist bei den meisten Menschen noch auszugehen), kann der volkswirtschaftliche Kapitalstock (K) *zusätzlich* (absolut) wachsen, wenn seine wachsende *Produktivität* ($\Delta X > \Delta K$) *anteilig* auch in sein eigenes *absolutes* Wachstum transformiert wird. Gleichwohl kann der *Anteil* des *intensiv* (via technischen Fortschritt) wie *extensiv*, also *absolut* (via Erweiterungsinvestitionen) wachsenden Produktionspotentials, der in privaten und sozialen *Konsum* verwandelt wird, *schneller* wachsen als das absolute Kapitalwachstum ($\Delta K/\Delta Y < \Delta C/\Delta Y$). Der ganze SINN des intensiven, also technischen Fortschritt realisierenden Kapitalwachstums ist ja gerade, dass das reale Kapital (also die gesamte Produktionsmaschinerie) immer *produktiver* produziert, dass das Kapital also *weniger schnell* wächst als die Produktion. Also *kann* und *muss* C/Y langfristig wachsen – und das ist (größtenteils) identisch mit einem Wachstum von L/Y relativ zu G/Y.

In kapitalistischen Marktwirtschaften werden die den technischen Fortschritt realisierenden Investitionen *primär* über akkumulierte Abschreibungen („Ersatz“-Investitionen) finanziert (in Größenordnungen von ca. 80 Prozent der Bruttoinvestitionen). Das ist der *eine* Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens, der *funktional* für Investitionen sozusagen volkswirtschaftlich „reserviert“ ist. Der *andere* Teil der Investitionen, der für *zusätzliche*, also *Nettoinvestitionen*, stammt fast ausschließlich aus akkumulierten *Gewinnen* (direkt oder via Fremdkapital). Zwar *sparen* auch *Arbeitnehmer* und tragen damit *anteilig* zu den *Investitionen* bei (wenn z.B. Banken Arbeitnehmersparnisse *anteilig* als Investitionskredite vergeben). Und umgekehrt *konsumieren* Unternehmer auch *Teile* ihrer *Gewinne*. Rechnet man dies aber gegeneinander auf, kann man – *cum grano salis* – Gewinne (G) als grundsätzlich *investitionsorientiert* und Nettolöhne (L) und auch alle Sozialeinkommen (der Einfachheit halber zu L zusammengefasst) als grundsätzlich *konsumorientiert* bezeichnen (so dass gilt $Y = L + G$, abstrahiert von allen anderen Größen).

Es gibt also grundsätzlich eine „richtige“ *finale* (d.h. nach allen primären und sekundären Verteilungs- und sozialen etc. Umverteilungsprozessen) Einkommensverteilung – eben jene, bei der das wachsende Produktionspotential (wachsend, wie gesagt, *intensiv* aufgrund des technischen Fortschritts und durch *extensive* Erweiterungsinvestitionen) *grundsätzlich* auch nachgefragt wird und nachgefragt werden *kann*. Und dies betrifft das ge-

samte *Investitionsgüter*produktionspotenzial wie das *Konsumgüter*produktionspotenzial. Klar ist dann sofort, dass es eine *funktional richtige volkswirtschaftliche Aufteilung* des gesamten BSP auf *Gewinne* und *Löhne* geben muss, sollen Rezessionen (oder Inflationen) ausgeschlossen sein. Da sich L/Y und G/Y als Quoten zu $Y (= 1)$ aufaddieren, kann in einer gegebenen Periode bei gegebenem K und gegebenem $\Delta X/\Delta K$ also (nach für die Kapitalseite „erfolgreichen“ Verteilungskämpfen) G/Y *funktional* zu groß sein – eine klassische Überinvestitionskrise wäre entstanden. Genauer gesprochen: eine *Überinvestitionspotenzialkrise*. Denn aufgrund mangelnder Absatzaussichten (L/Y und damit C/Y sind ja in dem Maße zurückgeblieben wie G/Y zu stark gestiegen ist) wird das aus $\Delta G/Y$ entstandene *Potenzial* an *zusätzlichen* Investitionen nicht vollständig ausgeschöpft werden können.

Staatliche Konjunkturpolitik (und damit auch Wachstumspolitik) muß also darauf achten, DASS DIE KOSUMTIV ORIENTIERTEN MASSENEINKOMMEN (\approx Löhne und Sozialeinkommen, also L) IM MASSE DES PRODUKTIVITÄTSFORTSCHRITTES REAL (also inflationsbereinigt) STEIGEN. Die staatliche Steuer- und Sozialpolitik ist entsprechend zu dimensionieren. Langfristig *muss* L/Y steigen und G/Y fallen – wenn X/K und also Y/K kontinuierlich wachsen.⁸ Die Sozialquote auf willkürlich 40 Prozent festzusetzen (und beispielsweise die Rentenbeiträge bei irgendeinem Prozentsatz willkürlich zu „deckeln“), ist also konjunktur- und wachstumspolitisch vollkommen kontraproduktiv. Faktisch muß also die in den letzten Jahrzehnten massiv vollzogene Umverteilung von „unten“ nach „oben“ drastisch umgekehrt werden. Das ist DIE Strategie vollbeschäftigungsorientierter Wachstums- und Konjunkturpolitik. Nochmals: Wenn die Produktivität langfristig steigt und steigt ($\Delta X > \Delta K$), KANN nicht nur langfristig L/Y wachsen und G/Y fallen – es MUSS auch so sein (womit sich beispielweise das „Rentenproblem“ nahezu beiläufig erledigt).

Indem L/Y wachsen würde, würde der Einfluss von G/Y und also von S/Y und schließlich von I/Y entsprechend sinken – also somit auch die Anfälligkeit für Rezessionen, die aus „hysterischen“ Entwicklungen von I/Y entstehen (*der* Erklärungsansatz fast aller Konjunkturtheorien).

Die Strategie für *Beschäftigung* lautet also *Umverteilung* von „oben“ nach „unten“ und damit Stärkung von Massenkaufkraft, Absatz, Produktion und Beschäftigung sowie flankierend *Steuerfinanzierung* ALLER vor-

⁸ Weil die Abgrenzung zwischen Kapital- und Arbeitsproduktivität letztlich willkürlich ist (das Kapital, also die gesamte installierte produktive Maschinerie, *entsteht* ja erst aus der *Arbeit* aller Arbeiter, Manager, Ingenieure etc.), kann oben – „Pi mal Daumen“ – für X/K auch X/A gesetzt werden.

handenen und langfristig *wachsenden* Sozialausgaben, um die Lohnkosten zu senken und die Arbeitsproduktivität entsprechend zu erhöhen. Und das heißt: Abschaffung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge (zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung etc.) und Finanzierung ALLER Sozialeinkommen (Grundrente, medizinisch hochwertige Grundversorgung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) über das allgemeine Steueraufkommen, also durch ALLE – und also auch durch Selbständige, Unternehmer, Beamte etc. als *Steuerzahler*. Die Befreiung der Löhne von allen Sozialabgaben würde die Nettolöhne und also die Kaufkraft dramatisch steigern und die Unternehmen von ALLEN Sozialbeiträgen entlasten – und also Arbeit sehr viel billiger und damit Beschäftigung lohnender machen. Bei einem BIP von derzeit etwa 2100 Milliarden € und einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent muß eine Stärkung der realen Massenkaukraft (mit folgender Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsausweitung) also etwa in der Höhe von 200 Milliarden € erfolgen, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die vollständige Finanzierung aller Sozialeinkommen aus dem allgemeinen Steueraufkommen umfasst (derzeit) etwa 40 Prozent des BIP (Sozialquote) – und langfristig eher 50, 60 oder 70 Prozent. Alle nachfolgend genannten steuerpolitischen Einkommensumverteilungen sind also in der Summe in dieser Größenordnung zu dimensionieren.

Als steuerpolitische Einzelmaßnahmen bieten sich an: Steigerung des Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent (bei Einkommen über 150.000 € pro Jahr/Person) und Erhöhung des Eingangsteuersatzes auf 25 Prozent bei Erhöhung des steuerfreien Grundeinkommens (was bei Streichung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge immer noch eine dramatische Erhöhung der Nettolöhne und also der Kaufkraft zur Folge hätte); Wiedereinführung einer Vermögenssteuer; Erhöhung der Erbschaftsteuer auf Gewerbekapital (über z.B. 250.000 €) auf 70 Prozent (also auf die Höhe des Spitzensteuersatzes – auch ein Erbe ist ein Einkommen); Einführung einer Kapitalumsatzsteuer bei Finanzgeschäften (Tobinsteuer) in der Höhe der normalen Umsatzsteuer; Erhöhung der Umsatzsteuer; Erhöhung aller Ökosteuern; Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer u.ä.

3. Geldpolitik, Zinspolitik, Devisenpolitik, Außenwirtschaftspolitik

Es gibt keinen vernünftigen Grund, eine andere als „monetaristische“ *Geldpolitik* zu betreiben. Wächst die Geldmenge (M) schneller als das reale Sozialprodukt (Y), entsteht – ceteris paribus – Inflation⁹ (es wird hier

⁹ Ausnahme: In *rezessiven* Zeiten *unterausgelasteter* Kapazitäten kann eine Ausweitung der Geldmenge (über das Wachstum von Y hinaus) Nachfrageimpulse

von v , der Umschlagsgeschwindigkeit von M , also abgesehen). Wächst M langsamer als Y (bzw. das Produktionspotenzial), entstehen – ceteris paribus – Stockungen des primären Zirkulationsprozesses (Ware-Geld-Ware) und also rezessive Tendenzen. *Zinspolitik* sollte also allein *geldpolitisch* orientiert sein und nicht konjunktur- oder gar wachstumspolitisch: Man kann über (dramatische) Zinssteigerungen schnell eine gute Konjunktur abwürgen – aber via Zinssenkungen nur schwer aus einer Rezession herauskommen: Wer investiert bei *unterausgelasteten Kapazitäten* (das ist die Definition einer Rezession) *zusätzlich*, auch wenn das Geld noch so billig ist? Kapazitäten sind *in volkswirtschaftlich relevanten Größenordnungen* genau dann *unterausgelastet*, wenn *zuvor* etwas in der *funktionalen volkswirtschaftlichen Einkommensverteilung* schief gelaufen ist – also G/Y auf Kosten von L/Y zu schnell gestiegen ist. Daran kann Geld- und Zinspolitik *grundsätzlich* nichts ändern.

Geldpolitik hat – neben ihrer, sagen wir: grundsätzlich konjunkturneutralen Funktion der Versorgung der Volkswirtschaft mit genügend Transaktionsgeld – zum Zweiten auch dafür zu sorgen, dass die Binnenwirtschaft von negativen Einflüssen aus dem Ausland abgeschirmt wird. *Die* grundlegende Strategie lautet hier: Verwirklichung möglichst homogener Wirtschaftsräume (Euro-Zone etc.) mit einer einheitlichen Währung und einer möglichst einheitlichen Wirtschafts- und Geldpolitik oder – falls das erste Ziel einer Währungsunion nicht zu erreichen ist – Verwirklichung flexibler Wechselkurse, die den *realen* Wirtschaftsverläufen (hohe/niedrige Inflationsrate etc.) in den jeweiligen Ökonomien entsprechen. Zu verhindern sind dann aber *spekulative* Kapitalflüsse:

4. Tobinsteuer

Weil von konjunkturpolitisch eminenten Bedeutung, soll hier die sogenannte Tobinsteuer, also die Besteuerung von reinen Kapitalgeschäften (Geld-Devisen-Geld, Geld-Wertpapier-Geld), besonders hervorgehoben werden, obwohl sie grundsätzlich zum großen Kontext Geldpolitik, Zinspolitik, Devisenpolitik, Außenwirtschaftspolitik gehört. Um es so zu formulieren: Die weltweit schlimmsten rezessiven Einbrüche (Bösenhype und Börsencrash Mitte/Ende der 90er Jahre, Asienkrise, Lateinamerikakrise etc.) waren quasi dem FEHLEN einer Tobinsteuer geschuldet: Kein Spekulant wäre jemals auf die Idee gekommen, mehrfach täglich Multimilliar-

schaffen, die *nicht* gleich zu *Preissteigerungen* führen *müssen*, ja zu *Preissenkungen* beitragen *können* aufgrund möglicher Kostensenkungen: Eine Höherauslastung unterausgelasteter Kapazitäten bedeutet in der Regel eine Stückkostensenkung (economies of scale).

den an Devisen (Aktien etc.) über den gesamten Globus hin und her zu verkaufen, wenn er *jedes* Mal, sagen wir: 16 Prozent Umsatzsteuer hätte bezahlen müssen. Die Tobinsteuer wäre DAS Instrument, wirtschaftlich negative Einflüsse aufgrund spekulativer Kapitalflüsse zu unterbinden – und Geldpolitik also dorthin zurück zu holen, wo sie eigentlich hingehört: in den Hoheitsbereich Demokratischer Souveräne (bzw. ihrer demokratisch legitimierten Vertreter in Parlamenten, Regierungen, Zentralbankräten etc.).

5. Allgemeine Wirtschafts- und Wachstumspolitik sowie spezielle Bildungs- und Wissenschaftspolitik

In kapitalistischen Marktwirtschaften gibt es für Subjekte grundsätzlich zwei Motive, wirtschaftlich aktiv (und immer aktiver, also *produktiver*) zu werden: Es lockt *erstens* der Gewinn (intrinsische Motivation) und es drängt *zweitens* die Konkurrenz (extrinsische Motivation). Der Staat sollte also *erstens* einen genügend großen Motivationsanreiz *nach* allen Besteuerungen belassen (das betrifft ausschließlich das resultierende einzelwirtschaftliche G/K und NICHT das volkswirtschaftliche G/Y!! Erstere Größe kann *steigen*, während letztere *sinkt!*). Und er sollte *zweitens* allen oligopolistischen und monopolistischen Tendenzen entgegenzutreten, um genügend Konkurrenzdruck zu belassen. That's it – grundsätzlich.

Über diese beiden *Grundantriebe* ökonomischen Wachstums hinaus, kann und sollte der Staat sämtliche *Voraussetzungen ökonomischen Wachstums* fördern, insofern er Einfluss darauf hat. Gemeint ist also eine möglichst effiziente Bildungs-, Wissenschafts- und allgemeine Infrastrukturpolitik (effiziente Verwaltung, gute Verkehrsverbindungen, effektives Kommunikationsnetz etc.). Wenn, wie gesagt, aufgrund langfristig wachsender Produktivität der *private und soziale Konsum* (nennen wir ihn in Zusammenfassung der Löhne und aller Sozialeinkommen LS/Y) nicht nur steigen *kann*, sondern auch steigen *muss*, ist also grundsätzlich der neoliberalen bzw. neoklassischen Behauptung entgegenzutreten, wachsendes LS/Y sei per se identisch mit schädlichem „Staat“ und noch schädlicherer „Staatsbürokratie“. LS/Y kann und *muss* wachsen – und das *kann*, wenn man denn *will*, auch ein Wachstum höchst wachstumsförderlicher Dinge wie *Bildung, Ausbildung und wissenschaftlichen Fortschritt* zum Inhalt haben – oder *auch* (konjunkturstabilisierende!) *wachsende Rentenzahlungen* in einer insgesamt alternden Gesellschaft.

Grundsätzlich gilt: Das Wachstum von LS/Y muss KEINESWEGS mit einem Wachstum an „Bürokratie“ einher gehen. Setzt man im Gedankenexperiment kurz das gesamte LS mit allen Rentenzahlungen (und ein paar Zahlungen an Rentensachbearbeiter bei den Rentenversicherern) gleich, dann müsste selbst bei einer VERDOPPELUNG der Renten nicht EIN zu-

sätzlicher „Bürokrat“ eingestellt werden: TRANSFERZAHLUNGEN würden sich ändern (verdoppeln), nicht aber Sachbearbeiterplanstellen.

Knappe Literaturlauswahl

- Bartling**, Hartwig/**Luzius**, Franz 2002: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, München.
- Dieckheuer**, Gustav 1998: Makroökonomik. Theorie und Politik, Berlin u.a.
- Felderer**, Bernhard/**Homburg**, Stefan 2002: Makroökonomik und neue Makroökonomik, Berlin u.a.
- Kromphardt**, Jürgen 1993: Wachstum und Konjunktur. Grundlagen der Erklärung und Steuerung des Wachstumsprozesse, Göttingen.
- Maussner**, Alfred 1994: Konjunkturtheorie, Berlin u.a.
- Müller**, Richard/**Röck**, Werner 1993: Konjunktur-, Stabilisierungs- und Wachstumspolitik. Theoretische Grundlagen und wirtschaftspolitische Konzepte, Stuttgart.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** 2002: Jahresgutachten 2002/03, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de
- Samuelson**, Paul A./**Nordhaus**, William D. 1998: Volkswirtschaftslehre, Frankfurt/a.M./Wien (Ueberreuther).
- Scheunemann**, Egbert 1996 (erste Auflage 1990): Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil A: Rekonstruktion und Kritik der politisch-ökonomischen Theorieentwicklung bei Ota Šik. Teil B: Rekonstruktion und Kritik der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Ota Šiks Modell einer humanen Wirtschaftsdemokratie, Münster/Hamburg.
- Scheunemann**, Egbert 2003: mehrere [www.](http://www.egbert-scheunemann.de)-Erstveröffentlichungen (downloads) zum Thema auf www.egbert-scheunemann.de
- Statistisches Bundesamt**: <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab1.htm>
- Statistisches Bundesamt**: <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrtab6.htm>
- Tichy**, Gunther 1999: Konjunkturpolitik. Quantitative Stabilisierungspolitik bei Unsicherheit, Berlin u.a.
- Westphal**, Uwe 1994: Makroökonomik. Theorie, Empirie und Politikanalyse, Berlin u.a. 1994.
- Woll**, Artur 2000: Volkswirtschaftslehre, München.